



An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

12.11. 2014

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In den Ortsrat Kirchhorst 26.11.2014

In den UPBA 03.12.2014

In den Verwaltungsausschuss am 08.12. 2014

In die Ratssitzung am 11. 12. 2014

NEIN zur geplanten Stromautobahn „SuedLink“ – JA zur Energiewende

Beschlußvorschlag:

Analog zur Erklärung von neun Bürgermeistern aus dem östlichen und südlichen Raum Kassel wird Isernhagens Bürgermeister Arpad Bogya vom Rat beauftragt, mit anderen Bürgermeistern aus der Region Hannover und dem Regionspräsidenten eine Erklärung gegen die geplante Starkstromtrasse „SuedLink“ auf den Weg zu bringen. Die Erklärung stellt die Sinnhaftigkeit der Stromautobahn „SuedLink“ infrage und fordert Bundes- und Landesregierung auf, alternative Lösungen für die Energiewende ernsthaft zu prüfen und die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Begründung:

Gegen die geplante Stromautobahn „SuedLink“, die auch durch Niedersachsen verlaufen soll, regt sich immer mehr Widerstand. Es ist nicht einzusehen, dass private Unternehmen solch ein Projekt planen und später die Gewinne einstreichen, während die Allgemeinheit die negativen Konsequenzen einer monströsen Stromtrasse ausbaden und diese auch noch über die Netzgebühren finanzieren soll. Die Stromautobahn soll auch durch Isernhagener Gebiet verlaufen.

Beispielgebend für den gemeinsamen Widerstand von Bürgerinitiativen und regionaler Politik gegen die geplante Stromautobahn ist eine gemeinsame Erklärung von neun Bürgermeistern aus dem südlichen und östlichen Raum Kassel. Darin drücken die Bürgermeister „erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Konzepts“ aus und sind in Sorge ob der negativen Auswirkungen auf ihre BürgerInnen. Der Umweltschutzverein Isernhagen hat Kontakt mit BI Fritzlar aufgenommen und unterstützen deren und unser Anliegen.

Die Frage ist, ob eine so große Trasse im Rahmen der Energiewende zur sicheren Stromversorgung überhaupt notwendig sei. Schließlich könnten viele dezentrale Quellen der Energieerzeugung das geplante Megaprojekt überflüssig machen, argumentieren die Bürgermeister. Sie fordern die schwarz-grüne hessische Landesregierung und die Große Koalition in Berlin auf, alternative Lösungen zu suchen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

Den Wortlaut der Bürgermeister-Erklärung enthält die Anlage 1. Aktuell fordert die Fritzlarer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der CDU in einer Reihe von Anträgen (Anlage 2) für ihre Stadt die nötigen Maßnahmen zur Abwehr zu ergreifen. Diesem Vorgehen haben sich weitere Städte und Gemeinden aus dem Raum angeschlossen.

In der Region Hannover hat vor kurzem der Rat in Springe den dortigen Bürgermeister Roger Hische beauftragt, im Sinne dieses Antrags tätig zu werden. Der Isernhagener Rat stünde entsprechend mit der Verabschiedung dieses Antrags in der Region Hannover nicht allein.

Hidrun Lenke